

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Stadtentwicklung durch soziales Wohnen stärken!**

Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik verknüpft bauliche mit sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Wohnquartiere und Stadtteile zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Mit der Förderung von bezahlbarem Wohnraum in allen Quartieren kann der sozialen Entmischung der Stadtgesellschaft entgegengewirkt werden. In den Quartieren müssen mehr Möglichkeiten des altengerechten Wohnens ebenso geschaffen werden wie Wohnmöglichkeiten für junge Erwachsene, um den Anforderungen der demografischen Entwicklung gerecht zu werden und sozialer Segregation vorzubeugen. Zudem sollten gemeinschaftliches und genossenschaftliches Bauen und Wohnen sowie die Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten gestärkt werden, da sie die soziale Stadtentwicklung und die wohnortnahe Versorgung nachhaltig stützen.

Daher teilen wir die Kritik der Bundesbauministerkonferenz, des Deutschen Städtetages sowie fast aller Interessenvertretungen der Wohnungsbau- und Mieterpolitik an den qualitativen und finanziellen Einschränkungen der Städtebauförderung durch die Bundesregierung, insbesondere am Auslaufen des KfW-Programms „Altengerecht umbauen“ in 2012 – diese Politik ist kurzsichtig und unsozial.

Bremen muss dennoch versuchen, eine integrierte Stadtentwicklungspolitik weiterzuentwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Kooperation mit der Bremer Aufbau-Bank (BAB), GEWOBA/Stäwog und der privaten Wohnungswirtschaft in Weiterentwicklung der Instrumente und Erkenntnisse der Wohnungsbaukonzeption ein Handlungskonzept für sozial gemischten und bezahlbaren Wohnraum zu entwickeln. Hierbei sollen die besondere Situation und Leerstandsproblematik bei Wohnimmobilien in der Seestadt Bremerhaven und in Bremen-Nord berücksichtigt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, zur Unterstützung individuellen, gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Bauens in Form von Neubauten und Umnutzungen für altersgerechtes, barrierefreies, ökologisches, energetisches, gemeinschaftliches und/oder mit Arbeiten kombiniertes Wohnen eine Strategie zu entwickeln und ein Beratungsangebot zu schaffen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie binnen sechs Monaten dazu zu berichten.

Jürgen Pohlmann,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Susanne Wendland,
Frank Willmann, Dirk Schmidtman, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen